KommPlus

Ausgabe 3/2026

Das Magazin für starke Kommunen



Mit Plan statt auf Pump

Die Energiewende verlangt hohe Investitionen, während die kommunalen Kassen immer knapper werden. Wie Städte und Gemeinden trotzdem handlungsfähig bleiben, war unter anderem Thema beim Kommunalen Energietag 2026.

EnBW



Sieben Jahre Planung, zwei Jahre Bauzeit, seit September Realität: Die EnBW weihte mit He Dreiht Deutschlands größten Offshore-Windpark ein. Mit 960 Megawatt Leistung setzt er neue Maßstäbe. Ein Rotor mit einem Durchmesser von 236 Metern überstreicht bei jeder Umdrehung eine Fläche, die etwa sechs Fußballfeldern entspricht.



Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht ist es Ihnen schon aufgefallen: Mit dieser Ausgabe präsentieren wir Ihnen die KommPlus in einem neuen Layout. Moderner, klarer und mit mehr Raum für Bilder, Grafiken und unterschiedliche Formate. Inhaltlich bleibt unser Anspruch derselbe: Themen aufzugreifen, die Kommunen in Baden-Württemberg bewegen.

Uns interessiert aber vor allem: Wie gefällt Ihnen die neue KommPlus? Was funktioniert gut, was können wir noch besser machen? Schreiben Sie uns gerne an **redaktion@enbw.com.**

Wir freuen uns auf Ihr Feedback und wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!
Ihre Redaktion



Willkommen in der EnBW-Oberliga 2026/27

Die neue Fußballsaison kann kommen: Die EnBW als Namensgeberin begrüßt die diesjährigen Aufsteiger in die Oberliga herzlich und wünscht ihnen viel Erfolg. Bei den C-Junioren freuen sich der FC-Astoria Walldorf, der SC Pfullendorf, der VfR Heilbronn und der 1. FC Heidenheim auf ihre neue Spielklasse. In der B-Junioren-Oberliga gehen künftig der Bahlinger SC, die SG Sonnenhof Großaspach und die TSG 1862/09 Weinheim an den Start. Bei den A-Junioren haben sich der Offenburger FV, der VfR Heilbronn 96/18 und der VfR Mannheim den Aufstieg gesichert. Auch bei den B-Juniorinnen gibt es mit dem SC Sand und der SG Altheim zwei Aufsteigerinnen. Die EnBW unterstützt die höchsten Jugendspielklassen Baden-Württembergs bereits seit 19 Jahren.

Taskforce soll Netzausbau beschleunigen

Mit einer neuen Taskforce will die Landesregierung Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Netzausbau beschleunigen. Zum Start am 20. Oktober bringt Umweltministerin Thekla Walker Netzbetreiber, Kommunen, Verbände, Netzanschlussnehmer und Behörden an einen Tisch. Der EnBW-Konzern beteiligt sich an den Beratungen. In mehreren Arbeitsgruppen zu Umspannwerken sowie zu Höchst-, Hoch- und Mittelspannungsnetzen sollen konkrete Hemmnisse identifiziert und Lösungsansätze entwickelt werden. Zudem beschäftigen sich Fokusgruppen mit einem geplanten Landes-Netzausbaubeschleunigungsgesetz, der Priorisierung wichtiger Vorhaben und bundespolitischen Fragestellungen. Ziel ist es, den Netzausbau deutlich schneller voranzubringen und Engpässe beim Netzanschluss schneller zu beseitigen.
Siehe auch Artikel auf Seite 8.



Mit einer Taskforce aus unterschiedlichen Interessengruppen will die Landesregierung den Netzausbau beschleunigen.

1.000 Ampere

Gegen drohende Netzengpässe setzt die Netze BW in der Ortenau jetzt auch auf Hochtemperaturseile. Sie steigern die Übertragungskapazität bestehender Leitungen auf teilweise mehr als 1.000 Ampere. Der Impuls kam aus der Taskforce Mittelbaden mit regionalen Partnern.

Förderrichtlinie KLIMOPASS läuft Ende 2026 aus

Kommunen in Baden-Württemberg können noch bis zum 31. Dezember 2026 Fördermittel aus dem Landesprogramm KLIMOPASS beantragen, sofern die verfügbaren Fördermittel nicht bereits vorher ausgeschöpft sind. Gefördert werden unter anderem kommunale Pegelsysteme zur Überflutungsvorsorge wie das Hochwasserfrühwarnsystem NOYSEE der Netze BW Sparte Dienstleistungen, das kritische Wasserstände in Echtzeit überwacht und frühzeitig vor Starkregen- und Hochwasserlagen warnt.

Informationen zu den konkreten Fördervoraussetzungen und zur Antragstellung erhalten Kommunen bei der L-Bank unter

www.l-bank.de/klimopass

Termine auf einen Blick

3.11. Webinar
KlimaMandat – Schulung für kommunale Ratsmitglieder

klimaschutz.de

1.12. Tagung (Präsenz und online)
15. Smart-Grids-Kongress Baden-Württemberg „Bestehende Netzkapazitäten effizient nutzen – Welchen Beitrag kann die Digitalisierung leisten?“

Fellbach
um.baden-wuerttemberg.de



„Die neuen Schnellladesäulen verbessern die öffentliche Ladeinfrastruktur in Karlsruhe spürbar und machen es den Bürgerinnen und Bürgern einfacher, sich für die Elektromobilität zu entscheiden. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag dafür, die Karlsruher Klimaziele auch im Bereich Mobilität zu erreichen.“

Bettina Lisbach, Erste Bürgermeisterin der Stadt Karlsruhe,
bei der Einweihung des Referenzladeparks am EnBW-Konzernsitz mit der neuen Schnellladetechnologie bis 480 kW.

Große Ziele, kleine Kassen

Für die Energiewende müssen Kommunen Millionen investieren – ausgerechnet in einer Zeit, in der Pflichtaufgaben immer größere Teile ihrer Haushalte verschlingen. Wie das funktionieren kann, war auch Thema auf dem Kommunalen Energietag der EnBW.



Die beiden Bürgermeister Ralph Matousek (links) aus Rosenberg und Patrick Bauser aus Altshausen im Gespräch beim Kommunalen Energietag in Stuttgart 2026.

Die Energiewende liegt Bürgermeister Ralph Matousek aus dem badischen Rosenberg am Herzen. In der Gemeinde mit 2.100 Einwohner*innen stehen vier Windräder, drei Solarparks und eine Biogasanlage mit Nahwärmenetz. Auf den Dächern der kommunalen Gebäude glitzern PV-Anlagen. „Wir erzeugen inzwischen weit mehr Strom, als wir benötigen“, sagt Matousek. Das erste Kapitel der Energiewende sei für seinen Ort daher abgeschlossen.

Doch längst wartet eine neue Herausforderung: die Sanierung von Grundschule, Kindergarten, Sporthalle oder anderen öffentlichen Einrichtungen, die fast alle aus den 1970er-Jahren stammen. Bei ihrer Modernisierung geht es nicht nur um einen neuen Anstrich, sondern auch um Heizung, Dämmung und Kühlung. „Sanierungen sind automatisch energetische Projekte“, sagt Matousek.

Er schätzt den Investitionsbedarf in Rosenberg auf einen deutlich zweistelligen Millionenbetrag. Allein

Die finanzielle Lage der Kommunen in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert

die Modernisierung der Kläranlage soll 16 Millionen Euro kosten. Kleine Gemeinden sind nicht in der Lage, solche Summen aus eigener Kraft zu stemmen. Sie sind auf eine Finanzierung von außen angewiesen oder müssen sich mit Nachbargemeinden zu Gemeinschaftsvorhaben zusammenschließen. Rosenberg steht damit stellvertretend für viele Städte und Gemeinden.

Die finanzielle Lage der Kommunen in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Während die kommunalen Einzahlungen 2018 noch um 1,8 Milliarden Euro über den Auszahlungen lagen, entstand 2024 bereits ein Defizit von 3,1 Milliarden Euro. 2025 weitete sich die Lücke Schätzungen zufolge auf 4,4 Milliarden Euro aus.



„Der erste Schuss muss sitzen“

Ragnar Watteroth, Dezernent für Finanzen und Beteiligung im Landkreis Karlsruhe zur Frage, wie Energieprojekte zu stemmen sind.

Pflichtausgaben nehmen Luft zum Atmen
Das Problem wird laut Matousek dadurch verschärft, dass immer neue Bundesgesetze zu höheren Ausgaben bei Kommunen führen. Als Beispiel nennt er den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern. Unter anderem deshalb erweitert Rosenberg die Grundschule und verbindet diesen Schritt mit einer energetischen Sanierung. Kosten: fünf Millionen Euro. Die eine Hälfte kommt aus Förderprogrammen, die andere aus Krediten von örtlicher Volksbank, Sparkasse und KfW.

In Altshausen bei Ravensburg versucht Bürgermeister Patrick Bauser, den Eigenanteil an Energieprojekten, solange es geht, aus dem laufenden Haushalt zu bezahlen. „Erst wenn die vorhandenen Gelder nicht reichen, kommt eine Kreditaufnahme infrage“, sagt er. Dennoch rät Bauser dazu, mit Krediten nicht →

+ Prominent besetztes Treffen

Neben den EnBW-Vorständen Georg Stamatelopoulos, Thomas Kusterer und Dirk Güsewell waren unter anderem Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir sowie der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Manuel Hagel Gäste des Kommunalen Energietag 2026. Die Veranstaltung gilt als wichtigstes kommunales Branchentreffen im Bereich Energie und findet alle drei Jahre statt. Sie stand in diesem Jahr unter dem Motto „Unsere Energie bewegt was“.

Drei Fragen an Cem Özdemir

„Kommunen sollen selbst entscheiden“



Cem Özdemir, Ministerpräsident von Baden-Württemberg: „Ein Bürgermeister weiß besser als eine Ministerialverwaltung, ob zuerst die Schule, die Heizung oder eine andere Infrastruktur saniert werden muss.“

Hält die Landesregierung trotz aller Herausforderungen am Ziel der Klimaneutralität bis 2040 fest?
Cem Özdemir: Wir halten an der Klimaneutralität bis 2040 fest, nicht trotz, sondern gerade wegen der wirtschaftlichen Herausforderungen. Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke müssen wir zusammen denken. Wer heute nicht in erneuerbare Energien und grüne Technologien investiert, riskiert morgen, im Wettbewerb zu verlieren. Für Baden-Württemberg geht es um Arbeitsplätze und Wohlstand. Viele Stellschrauben liegen bei Bund und EU, etwa bei Stromtrassen, Wasserstoff und Windkraft. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbare Energie und eine faire Berücksichtigung Süddeutschlands.

Wie Sie gerade gesagt haben, kommen viele Vorgaben aus Berlin oder Brüssel. Was kann das Land selbst gestalten?
Özdemir: Der Bund setzt viele Ziele, das Land gestaltet die Umsetzung. Aber wir sind nicht nur dazu da, Vorgaben weiterzureichen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Energiewende vor Ort funktioniert. Bei Windenergie und kommunaler Wärmeplanung nutzen wir unseren Handlungsspielraum. Wichtig ist mir: Wir dürfen die Kommunen nicht mit neuen Anforderungen überziehen und dann allein lassen. Deshalb unterstützen wir sie mit Förderung und Beratung. Die Menschen wollen, dass Energie bezahlbar bleibt und es vor Ort vorangeht. Daran müssen wir unsere Politik messen lassen.

Was sagen Sie Kommunen, die notwendige Sanierungen nicht mehr finanzieren können?
Özdemir: Ich verstehe die Sorgen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Die Finanzlage vieler Kommunen ist dramatisch. Es reicht nicht, neue Aufgaben zu verteilen und auf Zuständigkeiten zu verweisen. Bund, Länder und Kommunen müssen die Aufgaben- und Finanzverteilung reformieren. Wer Aufgaben bestellt, muss für ihre Finanzierung sorgen. Das Land gibt Mittel aus der Klimamilliarde und einen großen Teil seines Anteils am Sondervermögen Infrastruktur an die Kommunen weiter. Wie sie das Geld einsetzen, sollen sie selbst entscheiden. Ein Bürgermeister weiß besser als eine Ministerialverwaltung, ob zuerst die Schule, die Heizung oder eine andere Infrastruktur saniert werden muss.

solange zu warten, bis das Geld dringend gebraucht wird, sondern eine langfristige Finanzplanung zu erstellen.

Alle Kosten im Blick
Bei Energieprojekten greift der Blick auf die Investitionssumme allein jedoch zu kurz. Entscheidend sind die Kosten über die gesamte Lebensdauer des Projekts. Bausers wichtigstes Projekt ist derzeit ein kleines kommunales Nahwärmenetz, das die öffentlichen Gebäude am Ort versorgt – voraussichtlich mit einer Hackschnitzelheizung. „Ziel ist es, sechs alte Öl- und Gasheizungen außer Betrieb zu setzen und die Wärmeversorgung der Gebäude zusammenzufassen.“ Auf diese Weise sollen nicht nur die CO_2-Emissionen, sondern auch die Kosten sinken.

Das Beispiel zeigt, wie sorgfältig Energieprojekte in Kommunen berechnet werden müssen, damit sie ihre Vorteile ausspielen und den Haushalt nicht unnötig belasten. Wie wichtig professionelle Konzepte für Wärmewende, Netzausbau, Digitalisierung und Versorgungssicherheit sind, diskutierten auch die rund 1.000 Teilnehmenden am Kommunalen Energietag der EnBW am 14. Oktober in Stuttgart. Die Finanzierbarkeit der Energiewende bildete dabei einen Schwerpunkt.

Die Rechnung muss aufgehen
Ragnar Watteroth, Dezernent für Finanzen und Beteiligung im Landkreis Karlsruhe, rät dazu, die Gesamtrechnung unbedingt im Blick zu behalten.



Manuel Hagel, Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister von Baden-Württemberg: „Ohne Scheuklappen stellen wir staatliche Aufgaben auf den Prüfstand. Unser Ziel: weniger Standards, weniger Regelungen und schnellere Prozesse."

„Die entscheidende Frage ist, ob Investitionen den Haushalt künftig stärker entlasten, als ihn die damit verbundenen Finanzierungskosten zusätzlich belasten."

Auch sein Landkreis steht finanziell unter Druck. Mehr als 60 Prozent der Ausgaben fließen in den sozialen Bereich. Vor fünf Jahren waren es noch 45 Prozent gewesen. Meist geht es um kommunale Pflichtaufgaben, die durch Bundesgesetze festgelegt sind – von Eingliederung über Jugendhilfe bis zum Digitalpakt.

Bei Energieprojekten greift der Blick auf die Investitionssumme allein zu kurz.

Grundsätzlich hält Watteroth neue Energieprojekte nicht für unbezahlbar. Allerdings: Eine Kommune müsse wissen, was sie wolle, genau kalkulieren und ein Projekt dann zügig umsetzen. Einfach mal was Nachhaltiges auszuprobieren, das sei heute zu riskant. „Der erste Schuss muss sitzen."

Ganz ohne zusätzliche Finanzierung wird die Energiewende für viele Kommunen dennoch nicht zu stemmen sein. Einen Ausweg bieten Förderprogramme, langfristige Kredite und neue Modelle der Zusammenarbeit mit Energieversorgern oder privaten Investor*innen. Entscheidend ist, dass daraus keine zusätzlichen Dauerbelastungen für die ohnehin angespannten Haushalte entstehen.

Drei Fragen an Manuel Hagel

„Der Staat muss seine Versprechen halten"

Welche Spielräume können Sie Kommunen trotz knapper Kassen für Investitionen bieten?
Manuel Hagel: Unsere Kommunen stehen vor einer enormen Herausforderung: Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht auseinander. Aus dem Finanzproblem droht ein Infrastrukturproblem zu werden – und daraus ein Vertrauensproblem. Deshalb steuern wir gegen: Baden-Württemberg gibt zwei Drittel seines Anteils am Sondervermögen Infrastruktur unbürokratisch an die Kommunen weiter, insgesamt 8,7 Milliarden Euro. Hinzu kommt in den kommenden Jahren eine Milliarde Euro für Investitionen in den Klimaschutz. Außerdem haben wir Abschlagszahlungen nach dem Finanzausgleichsgesetz vorgezogen und stellen allein in diesem Jahr 550 Millionen Euro zusätzlich bereit. Das Land wird den Kommunen auch in den kommenden Haushaltsjahren verlässlich zur Seite stehen.

Energieeffizienz kostet zunächst, entlastet aber langfristig. Brauchen Zukunftsinvestitionen andere finanzpolitische Regeln?
Hagel: Das Kommunalrecht bietet bereits Spielräume, um die langfristige Rentierlichkeit bei Kreditgenehmigungen zu berücksichtigen. Mit Städten, Gemeinden und Landkreisen schauen wir, wie sich diese Möglichkeiten praxistauglich nutzen und weiterentwickeln lassen. Klar ist: Wir müssen Spielräume für Zukunftsinvestitionen und haushaltswirtschaftliche Stabilität verantwortungsvoll austarieren. Investitionen müssen möglich bleiben, ohne die finanzielle Handlungsfähigkeit von morgen aufs Spiel zu setzen.

Wie können Kommunen wieder verlässlicher planen?
Hagel: In den vergangenen Jahren haben wir ein staatliches Leistungsversprechen abgegeben, das unsere Kommunen schlicht überfordert: immer neue Aufgaben, Standards, Rechtsansprüche und Dokumentationspflichten. Deshalb haben wir gemeinsam mit der kommunalen Familie die Zukunftskommission gestartet. Ohne Scheuklappen stellen wir staatliche Aufgaben auf den Prüfstand. Unser Ziel: weniger Standards, weniger Regelungen und schnellere Prozesse. Ein resilienter Staat ist nicht der Staat, der alles verspricht. Es ist der Staat, der seine Versprechen halten kann. Genau darum geht es: um einen Staat, der sich auf seine Aufgaben konzentriert und für die Kommunen wieder verlässlich wird; das schafft Vertrauen.

Netze BW

Wer bekommt den Netzanschluss?

Der Bedarf an Netzanschlüssen und Leistungserhöhungen in der Mittel- und Hochspannung wächst rasant. Weil Kapazitäten knapp werden, führt die Netze BW ein neues Vergabeverfahren für den Strombezug ein.

Sonja Marin Casanova

s.marincasanova@netze-bw.de



Die Nachfrage übersteigt die Kapazität

Ob Gewerbeansiedlung, Wärmenetz oder Batteriespeicher – all das braucht einen leistungsfähigen Netzanschluss. Allein bei der Netze BW lagen Stand Juli offene Anfragen von mehr als 20 Gigawatt in der Hochspannung vor, mehr als das Doppelte der bisherigen Jahreshöchstlast.

Das alte Prinzip stößt an seine Grenzen

Bislang galt für alle Anfragen das Windhundprinzip: Wer zuerst anfragt, bekommt zuerst Kapazität. Der Zeitpunkt einer Anfrage sagt aber wenig darüber aus, ob ein Projekt tatsächlich umgesetzt wird.

Ein stichtagsbasiertes Punkteverfahren schafft neue Regeln

Je nach angefragter Leistung entscheidet bei bestimmten Anschlussarten künftig ein stichtagsbezogenes Punkteverfahren über den Netzanschluss. Projekte werden nach unterschiedlichen Kriterien wie Projektreife, Ortsgebundenheit oder Frühzeitigkeit beurteilt. Wesentliche Leitfragen sind: Wie weit ist das Vorhaben geplant? Ist es an einen festen Standort gebunden? Und wie lange wartet die Anfrage bereits? Größe, Branche oder Technologie spielen innerhalb des Punkteverfahrens keine Rolle.

Nicht alle Anschlüsse sind betroffen

Für Haushaltskunden, Vorhaben der essenziellen Daseinsvorsorge und EEG-Anlagen bleibt es beim bisherigen Verfahren (Windhundprinzip). Das neue stichtagsbezogene Punkteverfahren betrifft vor allem größere Gewerbe- und Industriekunden. Kunden mit offenen Anfragen wurden informiert und können sich in der ersten Vergaberunde ab 1. November beteiligen.

Frühzeitig Interesse anmelden

Für Projekte, die in mehr als drei Jahren umgesetzt werden, können im Laufe des kommenden Jahres Interessensbekundungen abgegeben werden. Außerdem gilt: Projekte, die in einem Vergabezyklus nicht berücksichtigt werden, können später erneut eingebracht werden.

Weitere Informationen zum Thema unter: netze-bw.de/netzanschluss/vergabe

Daten statt Karten

Ablesekarten für Wasserzähler, manuelles Erfassen von Straßenzuständen oder aufwendige Auswertungen von Energieverbräuchen: Viele kommunale Aufgaben folgen noch analogen Routinen. Die Stadt Philippsburg will mit digitalen Werkzeugen Verwaltungsaufwand und Kosten reduzieren.

Schon mit 16 Jahren baute Stefan Martus zu Hause seinen ersten Computer zusammen. Die Begeisterung für Technik hat den Bürgermeister von Philippsburg bis heute nicht losgelassen. Heute nutzt er sie, um die Verwaltung seiner rund 14.000 Einwohner*innen zählenden Stadt Schritt für Schritt zu digitalisieren.

Wasserverbrauch in Echtzeit im Blick
Besonders sichtbar wird das bei der Wasserversorgung. In der Kernstadt werden derzeit rund 1.800 Wasserzähler gegen digitale, fernauslesbare Geräte ausgetauscht. Dadurch entfällt das manuelle Erfassen von Zählerständen. Gleichzeitig können ungewöhnliche Verbrauchsmuster schneller erkannt werden, etwa wenn eine undichte Leitung zu erhöhtem Wasserverbrauch führt.

„Entscheidend sind die langfristigen Einspareffekte."

Stefan Martus, Bürgermeister von Philippsburg

Nächster Schritt: Gebäude effizienter betreiben
Auch die kommunalen Gebäude rücken in den Fokus. Künftig sollen deren Energieverbräuche systematisch ausgewertet werden. Auch hier werden Auffälligkeiten frühzeitig sichtbar, etwa wenn technische Anlagen unnötig laufen oder Gebäude mehr Energie verbrauchen als nötig. Das schafft Transparenz und hilft dabei, Einsparpotenziale zu identifizieren.



Für Stefan Martus ist Digitalisierung kein Selbstzweck. Der Bürgermeister von Philippsburg setzt auf Lösungen, die der Stadt langfristig Aufwand und Kosten sparen.



Verbräuche digital erfassen, auswerten und steuern: mit dem kommunalen Energiemanagementsystem der Dienstleistungssparte der Netze BW.

Bessere Informationen für bessere Entscheidungen
Digitale Daten unterstützen die Stadt inzwischen auch beim Straßenmanagement. Per App werden Schäden automatisiert erfasst und dokumentiert. Das erleichtert die Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen und schafft eine bessere Grundlage für Investitionsentscheidungen. Martus ist überzeugt: „Digital erfasste Daten helfen uns, einen besseren Überblick über unsere Infrastruktur und Verbräuche zu bekommen. Dadurch können wir Kosten sparen und unsere Ressourcen besser steuern."

+ Wussten Sie, dass ...

... Philippsburg bis 1623 Udenheim hieß? Der Ort wurde bereits 1338 zur Stadt erhoben und entwickelte sich später zu einer bedeutenden Festung am Oberrhein.





Von links: EnBW-Vorstandsmitglied Dirk Güsewell, stv. Ministerpräsident Manuel Hagel, EnBW-Chef Georg Stamatelopoulos, Ministerpräsident Cem Özdemir, EnBW-Finanzvorstand Thomas Kusterer sowie Landrätin Stefanie Bürkle.



Von Wärmewende und Netzausbau über erneuerbare Energien bis hin zu Wasserstoff und Klimaresilienz: In zehn Foren gingen Fachleute und Teilnehmende den kommunalen Herausforderungen der Energiewende auf den Grund.



Ministerpräsident Özdemir und EnBW-Vorstandsvorsitzender Stamatelopoulos sind sich einig: Die Energiewende gelingt nur gemeinsam und braucht starke Partnerschaften.



An den Themenständen gab es Energiewende auch zum Anfassen. Die Netze BW zeigte unter anderem, wie mithilfe von Drohnen Freileitungen inspiziert werden.

Impressionen vom Kommunalen Energietag 2026



Rund 1.000 Gäste kamen in der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle zusammen. Zwischen Bühnenprogramm, Foren und Themenständen blieb viel Raum für persönliche Gespräche.



Auf dem Podium diskutierten (von links) Netze-BW-Chef Jörg Reichert, Landrätin des Landkreises Sigmaringen Stefanie Bürkle, der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg Steffen Jäger und EnBW-Vorstandsmitglied Dirk Güsewell.



Beim Netzausbau treffen unterschiedliche Interessen aufeinander. Netze-BW-Chef Reichert warb auf dem Podium deshalb dafür, die Perspektiven zusammenzubringen und an einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten.



Mit der VR-Brille konnten die Gäste an den Themenständen in virtuelle Welten eintauchen. Die EnBW setzt die Technik konzernweit für viele Anwendungszwecke ein.



Eröffnete den Kommunalen Energietag und ernannte kurzerhand alle Anwesenden zu Ehrengästen: Netze-BW-Geschäftsführer Steffen Ringwald.



Energie für Beschleunigte Workflows

Damit Ihre Kommune den Überblick behält und nachhaltig entlastet wird, unterstützen wir Sie mit einfachen digitalen Lösungen.

Hier informieren

Impressum

Herausgeber: EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Anschrift: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe
E-Mail: redaktion@enbw.com
Projektleitung: Eva Wulff, Christof Hafkemeyer (v. i. S. d. P.)
Redaktion: Heimo Fischer, Eva Wulff
Fotos: EnBW, Netze BW
Layout: Miriam Elze, **Druck:** Systemedia GmbH

Datenschutzinformation
Wir haben die Netze BW GmbH – Kommunale Beziehungen, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, mit dem Versand der KommPlus beauftragt. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt durch die Netze BW GmbH zu Zwecken von Einladungen, des Direktmarketings oder einer direkten Kontaktaufnahme, also eines berechtigten Interesses (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Wir speichern Ihre Daten, solange Sie Ihre Funktion innehaben oder wir aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten zur Speicherung verpflichtet sind. Sie können dem Bezug der KommPlus jederzeit widersprechen.
Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter: **www.netze-bw.de/datenschutz.** Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: **datenschutz@netze-bw.de.**

KommPlus per E-Mail?

Wenn Sie das Magazin lieber als PDF erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an **kommunale-beziehungen@netze-bw.com**

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Gütesiegel „Der Blaue Engel“